

# JUSTIZBLATT

## RHEINLAND - PFALZ

AMTSBLATT DES MINISTERIUMS DER JUSTIZ

75. Jahrgang

Mainz, den 22. Februar 2021

Nummer 2

### INHALT

	Seite
<b>Verwaltungsvorschriften und Rundschreiben</b>	
18. 01. 2021 Ausstattung der Bediensteten des Justizwachtmeisterdienstes mit Dienstwaffen .....	7
<b>Bekanntmachungen</b>	
25. 01. 2021 Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst .....	8
<b>Personalnachrichten und Stellenausschreibungen .....</b>	<b>8</b>

### Verwaltungsvorschriften und Rundschreiben

#### Ausstattung der Bediensteten des Justizwachtmeisterdienstes mit Dienstwaffen

Rundschreiben des Ministeriums der Justiz  
vom 18. Januar 2021 (2372-0001)

- Bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften wird als Dienstwaffe der Schlagstock sowie der Einsatzstock mit der Beschaffenheit kurz und ausziehbar (EKA) zugelassen.
- Mit Schlagstock und dem EKA können diejenigen Bediensteten des Justizwachtmeisterdienstes ausgerüstet werden, die den Sitzungs-, Vorführungs-, Sicherheits- und Ordnungsdienst wahrnehmen.
- Das Führen und Tragen des EKA bedarf einer besonderen fachlichen Qualifikation (Grundschulung und regelmäßige Folgeunterweisungen) nach Maßgabe des jeweils gültigen Aus- und Fortbildungskonzepts des Ministeriums der Justiz. Der Dienststellenleitung obliegt die Überprüfung der Berechtigung ihrer Bediensteten zum Führen und Tragen des EKA. Die hierzu berechtigten Bediensteten sollen den EKA stets mit sich führen. Im Übrigen bestimmt die

Dienststellenleitung, wann und wie die Dienstwaffe zu tragen ist.

- Jeder Fall der Schlagstock- oder Einsatzstockanwendung ist von den Bediensteten unverzüglich der Dienststellenleitung anzuzeigen. Wird von dem Schlagstock oder dem EKA Gebrauch gemacht, sind die Hinweise im Merkblatt über die Anwendung unmittelbaren Zwanges durch Personen, denen Aufgaben des Justizwachtmeisterdienstes obliegen, zu beachten. Den zum Führen und Tragen eines Schlagstocks oder des EKA berechtigten Bediensteten ist spätestens mit Aushändigung des Schlagstocks oder des EKA ein Exemplar des Merkblattes auszuhändigen. Die zum Führen und Tragen eines Schlagstocks oder des EKA berechtigten Bediensteten sind regelmäßig über die Voraussetzungen und die Grenzen des Schlag- und Einsatzstockgebrauchs zu belehren.
- Dieses Rundschreiben tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Rundschreiben „Ausstattung der Beamten des einfachen Justizdienstes mit Dienstwaffen“ vom 29. Januar 1991 (2372-1-2/91), JBl. 1991, S. 41, zuletzt geändert durch Rundschreiben vom 3. August 2010, JBl. 2010, S. 112, außer Kraft.

## **Bekanntmachungen\*)**

### **Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst**

**Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz  
vom 25. Januar 2021 (2220-0013)\*)**

Die Zahl der Ausbildungsplätze nach § 3 der Landesverordnung über die Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst vom 13. Dezember 2000 (GVBl. 2000, S. 569) beträgt zum Einstellungstermin „3. Mai 2021“

- |   |            |
|---|------------|
| a) im Oberlandesgerichtsbezirk Koblenz                    | 118 Plätze |
| b) im Pfälzischen Oberlandesgerichtsbezirk<br>Zweibrücken | 64 Plätze. |

### **Personalnachrichten und Stellenausschreibungen**

**Aus Gründen des Datenschutzes  
dürfen die Personalnachrichten in  
der Internetversion leider nicht  
veröffentlicht werden!**

**Aus Gründen des Datenschutzes  
dürfen die Personalnachrichten in  
der Internetversion leider nicht  
veröffentlicht werden!**

---

\*) Nicht in der Sammlung eJVV RPF enthalten

## Aus Gründen des Datenschutzes dürfen die Personalnachrichten in der Internetversion leider nicht veröffentlicht werden!

- vgl. Nummer 2 der VV JM vom 25. Juni 1990 (2010 - 1 - 14/90) - JBl. S. 120 -

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um folgende Stellen:

- 4,0 Stellen für Richterinnen oder Richter am Landgericht (m/w/d) bei dem Landgericht Koblenz
- 1,0 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am Amtsgericht (m/w/d) bei dem Amtsgericht Koblenz
- 1,0 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am Amtsgericht (m/w/d) bei dem Amtsgericht Linz am Rhein
- 1,0 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am Amtsgericht (m/w/d) bei dem Amtsgericht Linz am Rhein  
Die Stelle soll mit einer Ernennungsbewerberin oder einem Ernennungsbewerber (Richterin oder Richter auf Probe) besetzt werden.
- 1,0 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am Amtsgericht (m/w/d) bei dem Amtsgericht Neuwied
- 1,0 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am Landgericht (m/w/d) bei dem Landgericht Mainz  
Die Stelle soll mit einer Ernennungsbewerberin oder einem Ernennungsbewerber (Richterin oder Richter auf Probe) besetzt werden.
- 1,0 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am Amtsgericht (m/w/d) bei dem Amtsgericht Alzey  
Die Stelle soll mit einer Versetzungsbewerberin oder einem Versetzungsbewerber besetzt werden.
- 1,0 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am Amtsgericht (m/w/d) bei dem Amtsgericht Mainz  
Die Stelle soll mit einer Ernennungsbewerberin oder einem Ernennungsbewerber (Richterin oder Richter auf Probe) besetzt werden.
- 1,0 Stelle für eine Richterin oder einen Richter am Amtsgericht (m/w/d) bei dem Amtsgericht Worms  
Die Stelle soll mit einer Ernennungsbewerberin oder einem Ernennungsbewerber (Richterin oder Richter auf Probe) besetzt werden.
- 2,0 Stellen für Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte (m/w/d) bei der Staatsanwaltschaft Trier  
Die Stellen sollen mit Ernennungsbewerberinnen oder Ernennungsbewerbern (Richterinnen oder Richter auf Probe) besetzt werden.

Zum Beförderungstermin „18. Mai 2021“ werden weitere Bewerbungen entgegengenommen um folgende Stellen:

### Im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz und der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz

- 1,0 Stelle für eine Oberamtsanwältin mit Amtszulage oder einen Oberamtsanwalt mit Amtszulage

- 1,0 Stelle für eine Sozialrätin oder einen Sozialrat
- 7,0 Stellen für Justizamtsrätinnen oder Justizamtsräte
- 1,0 Stelle für eine Sozialamtsrätin oder einen Sozialamtsrat
- 10,3 Stellen für Justizamtsfrauen oder Justizamtsmänner
- 3,0 Stellen für Sozialamtsfrauen oder Sozialamtsmänner
- 7,0 Stellen für Justizoberinspektorinnen oder Justizoberinspektoren
- 3,0 Stellen für Sozialoberinspektorinnen oder Sozialoberinspektoren
- 3,5 Stellen für Justizinspektorinnen oder Justizinspektoren mit Amtszulage (2. Einstiegsamt)
- 13,75 Stellen für Justizinspektorinnen oder Justizinspektoren (2. Einstiegsamt)
- 12,25 Stellen für Justizhauptsekretärinnen oder Justizhauptsekretäre
- 1,0 Stelle für eine Justizobersekretärin oder einen Justizobersekretär (2. Einstiegsamt)
- 1,0 Stelle für eine Justizsekretärin oder einen Justizsekretär (1. Einstiegsamt)
- 3,0 Stellen für Erste Justizhauptwachtmeisterinnen oder Erste Justizhauptwachtmeister

Die im Justizblatt Nummer 12 vom 23. November 2020 erschienene Ausschreibung von Beförderungstellen wird um die vorstehenden Stellen ergänzt. Bereits vorliegende Bewerbungen erfassen auch die nunmehr ausgeschriebenen zusätzlichen Stellen; eine erneute Bewerbung ist daher insoweit nicht mehr erforderlich.

Zum Beförderungstermin „18. Mai 2021“ werden – bei Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen – **im Bezirk des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz** Bewerbungen entgegengesehen um folgende Stellen

- 1,0 Stelle für eine Justizrechtsrätin oder einen Justizrechtsrat der BesGr. A 13
- 1,0 Stelle für eine Regierungsoberinspektorin oder einen Regierungsoberinspektor der BesGr. A 10 im Bereich der Justizverwaltung mit erfolgreicher Fortbildungsqualifizierung
- 1,0 Stelle für eine Justizinspektorin oder einen Justizinspektor der BesGr. A 9
- 1,0 Stelle für eine Justizhauptsekretärin oder einen Justizhauptsekretär der BesGr. A 8
- 1,0 Stelle für eine Justizobersekretärin oder einen Justizobersekretär der BesGr. A 7

Ausgeschriebene Stellen können auch als Teilzeitstellen (75 v.H. oder 50 v.H.) besetzt werden, soweit nicht im Einzelfall zwingende dienstliche Belange entgegenstehen (§ 7 Abs. 2 LGG, § 5 Abs. 1 LRiG i.V. mit § 11 Abs. 1 Satz 1, 2. Halbsatz LBG). Soweit sich Richterinnen oder Richter

(m/w/d) unter Angabe des entsprechenden vom-Hundert-Satzes auf eine Stelle in Teilzeitform bewerben, kann die Bewerbung nur berücksichtigt werden, wenn die RichterIn oder der Richter (m/w/d) zugleich zustimmt, mit Beginn oder bei Änderung der Teilzeitbeschäftigung und beim Übergang zur Vollzeitbeschäftigung auch in einem anderen Gericht desselben Gerichtszweiges verwendet zu werden. Unabhängig davon sind Bewerbungen auf eine Stelle in Teilzeitform die sonstigen Erklärungen zum Vorliegen der Voraussetzungen nach § 8 Abs. 1, § 7 Abs. 2 Nr. 3 und 4 LRiG, § 75 Abs. 1 und 2 LBG und die Dauer der beantragten Teilzeitbeschäftigung beizufügen.

Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass bei Besetzung einer Vollzeitstelle mit einer Teilzeitkraft (50 v.H.) die „zweite“ Hälfte der Stelle ohne weitere Ausschreibung gleichzeitig besetzt werden kann; Entsprechendes gilt für sich anderweitig ergebende Bruchteile (75 v.H.).

Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen sind erwünscht.

In der IT-Leitstelle des Strafvollzuges sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt zwei Vollzeitstellen als

### **Informatikerin / Informatiker (m/w/d)**

(Tätigkeitsschwerpunkt Informationssicherheit)

(Bachelor of Science, Diplom oder vergleichbare abgeschlossene Hochschulausbildung) zu besetzen.

Die IT-Leitstelle des Strafvollzuges ist insbesondere für die Betreuung und Pflege der im Justizvollzug des Landes Rheinland-Pfalz eingesetzten IT-Programme zuständig.

Sie ist der Justizvollzugsanstalt Koblenz angegliedert.

#### **Ihre Aufgaben sind insbesondere:**

- Erstellung, Koordination und Begleitung von Regelwerken zur Informationssicherheit und von IT-Sicherheitskonzepten
- Beratung und Unterstützung der Behördenleitungen in allen Belangen der Informationssicherheit sowie Ansprechperson für alle Beschäftigten für Belange der Informationssicherheit
- Konzeption, Durchführung und Dokumentation von IT-Sicherheitsmaßnahmen
- Planung und Steuerung des Informationssicherheitsprozesses (inkl. der Dokumentation) sowie ständige Auswertung der aktuellen Entwicklungen im Bereich der Informationssicherheit (auch Zusammenarbeit mit dem CERT-rlp)
- Gremienarbeit im Bereich der Informationssicherheit (insbesondere Mitarbeit in der Informationssicherheitsorganisation der rheinland-pfälzischen Justiz)
- Erstellung, Abstimmung und Prüfung von Grob- und Feinkonzepten der im rheinland-pfälzischen Justizvollzug zum Einsatz kommenden IT-Basiskomponenten (z. B. elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach EGVP, besondere Postfächer im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehrs, E-Rechnungen) und den vollzugsspezifischen IT-Fachverfahren (wie z.B. BASIS-Web, MACH, NEXUS-VeLis)
- Mitarbeit bei landesinternen oder länderübergreifenden Projekten und Arbeitsgruppen, zu denen das Ministerium Mitglieder entsendet – Konzepterstellung, Mitwirkung und Vorbereitung von Rolloutplanungen

- Installation, Administration und Wartung von Teilen der IT-Basisinfrastruktur des rheinland-pfälzischen Justizvollzuges

#### **Sie verfügen über:**

- eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Bachelor of Science B.Sc. oder Diplom) als Informatikerin oder Informatiker, Wirtschaftsinformatikerin oder Wirtschaftsinformatiker
- gute Kenntnisse der BSI Standards 200-1 / 200-2 / 200-3, der BSI Grundschutzkataloge und der technischen Richtlinien des BSI (BSI TR)
- Kenntnisse im Projektmanagement
- Programmierkenntnisse und Erfahrungen in modernen und gebräuchlichen Programmiersprachen und Datenbankabfragen
- ausgeprägtes analytisches Denkvermögen in vernetzten Zusammenhängen einer IT-Landschaft
- Kenntnisse in Betriebswirtschaftslehre
- Grundkenntnisse im Bereich der System- und Datenbankadministration
- Bereitschaft zu regelmäßigen auch mehrtägigen Dienstreisen
- Führerschein Klasse B (Pkw)

#### **Wir erwarten:**

- Fähigkeit zu serviceorientiertem Denken und Handeln
- besondere Verlässlichkeit im Hinblick auf die besonderen Sicherheitsanforderungen des Justizvollzuges
- Selbstbewusstes und sicheres Auftreten, Verhandlungsgeschick und gute Kommunikationsfähigkeiten
- ein hohes Maß an Selbstständigkeit und Eigeninitiative
- Teamfähigkeit, Flexibilität und Kommunikationsfähigkeit
- Einarbeitung in justizielle Fachgebiete soweit für Projekte und Arbeitsgruppen erforderlich
- Bereitschaft zur ständigen Fortbildung
- Mobilität

#### **Wir bieten Ihnen:**

- einen krisensicheren Arbeitsplatz
- interessante und anspruchsvolle Aufgabenstellungen
- ein sehr gutes Betriebsklima in einem hoch motivierten Umfeld
- eigenverantwortliche Tätigkeit
- moderner Arbeitsplatz mit flexiblen Arbeitszeitmodellen
- qualifizierte Weiterbildungsmöglichkeiten
- ein familienfreundliches Arbeitsumfeld.

Die Eingruppierung orientiert sich an der Qualifikation und dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder TV-L (Eingruppierung nach Entgeltgruppe E11).

Eine Übernahme in das Beamtenverhältnis (bis A12) ist bei Vorliegen der Voraussetzungen möglich.

Ausgeschriebene Stellen können auch als Teilzeitstellen (75 v.H. oder 50 v.H.) besetzt werden, soweit nicht im Einzelfall zwingende dienstliche Belange entgegenstehen. Bei Bewerbungen von Beamtinnen und Beamten auf eine Stelle in Teilzeitform sind die sonstigen Erklärungen zum

Vorliegen der Voraussetzungen nach § 75 LBG und die Dauer der beantragten Teilzeitbeschäftigung beizufügen. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass bei Besetzung einer Vollzeitstelle mit einer Teilzeitkraft (50 v.H.) die zweite Hälfte der Stelle ohne weitere Ausschreibung gleichzeitig besetzt werden kann. Entsprechendes gilt für sich anderweitig ergebende Bruchteile (z.B. 75 v.H.).

In Umsetzung der Selbstverpflichtung „Die Landesregierung – ein familienfreundlicher Arbeitgeber“ bieten wir sehr gute Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das Land fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Bewerbungen von Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorrangig berücksichtigt.

Schwerbehinderte werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen richten Sie bitte **bis zum 31. März 2021** an das

Ministerium der Justiz  
– Personalreferat Abteilung 5 –  
– Strafvollzug –  
Ernst-Ludwig-Straße 3  
55116 Mainz.

In der Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz in Wittlich ist ab sofort eine unbefristete Stelle in Vollzeit für

**eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter  
des Verwaltungsdienstes (m/w/d)  
der Laufbahn des 3. Einstiegsamtes**

zu besetzen.

Die Justizvollzugsschule ist zuständig für die Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahn des 2. Einstiegsamtes Justizvollzug aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Zudem ist sie verantwortlich für die Durchführung der Fortbildung der Mitarbeitenden aller Laufbahngruppen des rheinland-pfälzischen und saarländischen Justizvollzugs.

Im Zuge der Einführung einer neustrukturierten Ausbildung sind vielfältige neue Aufgaben entstanden, insbesondere im Zusammenhang mit der Organisation und Koordination der Zusammenarbeit zwischen der Justizvollzugsschule und den Justizvollzugsanstalten. Es wird insbesondere eine an pädagogischen Fragen interessierte und mit pädagogischem Geschick und organisatorischen Fähigkeiten ausgestattete Fachkraft mit Erfahrung im Justizvollzug gesucht.

**Eintrittstermin:** schnellstmöglich

**Tätigkeitsbeschreibung:**

Folgende Aufgabenschwerpunkte gehören zum Arbeitsfeld der künftigen Stelleninhaberin bzw. des künftigen Stelleninhabers

- Mitarbeit bei der Umsetzung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung in den Justizvollzugseinrichtungen
- Pflege der Lernplattform Überaus im Bereich der Vernetzung der Ausbildungsbehörden sowie des fachlich zuständigen Ministeriums und der Anwärter

- Betreuung der Benutzer der Lernplattform insb. Monitoring der Lernplattform bzgl. Inhalte und Teilnehmernutzung
- Fortlaufende Kontaktpflege sowie inhaltliche Abstimmung mit allen an der Ausbildung beteiligten Personen und Institutionen
- Mitwirkung bei der Entwicklung, Fortschreibung, Koordination und Kontrolle der Arbeitsaufträge der Justizvollzugsschule für die Justizvollzugsanstalten
- Entwicklung von digitalem Unterrichtsmaterial
- Auswertung besonderer Ereignisse aus der Praxis und Mitwirkung nebst Unterstützung bei der Umsetzung für die fachtheoretische Ausbildung
- Mitarbeit an der Konzeptionierung, Einführung, Aktualisierung und Schulung in der Anwendung eines Lernjournals
- Beratung und Begleitung der Justizvollzugsanstalten hinsichtlich der Überarbeitung/ Fortschreibung der Lehr- und Stoffverteilungspläne für den Unterricht und der Übungen in der fachpraktischen Ausbildung
- Durchführung von Unterricht für Anwärterinnen und Anwärter (Präsenz und online-Formate)
- Fortbildungen für Ausbildungskoordinatoren, Ausbildungsleiter, Lehrkräfte der Justizvollzugsanstalten
- Übernahme von Aufgaben in anderen Bereichen der Justizvollzugsschule bei Bedarf

**Anforderungsprofil:**

- Ausbildung zur Diplom-Verwaltungswirtin/zum Diplom-Verwaltungswirt (m/w/d) oder vergleichbare Ausbildung
- alternativ mindestens ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium (auch im Bereich Erziehungswissenschaft, Erwachsenenbildung) oder eine vergleichbare Ausbildung oder vergleichbare Qualifikation
- Einschlägige Berufserfahrungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, insbesondere Kenntnisse aus dem Bereich Justizvollzug, sowie Erfahrungen im Bereich Berufsbildung sind von Vorteil.
- Fähigkeit zu interdisziplinärer Kooperation, zielorientierter und selbständiger Arbeitsweise sowie Strukturierung komplexer Arbeitsanforderungen
- ausgeprägte Kontakt-, Team-, Kommunikations- und Vermittlungsfähigkeit
- Erfahrung in der organisatorischen Implementierung und Pflege von Lernplattformen, E-Learning Systemen oder die Bereitschaft, sich in dieses Themenfeld einzuarbeiten
- Belastbarkeit
- Mobilität
- gute MS-Office-Kenntnisse

**Vergütung:**

Die Eingruppierung orientiert sich an der Qualifikation und dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder TV-L (Eingruppierung nach Entgeltgruppe E11). Eine Übernahme in das Beamtenverhältnis (bis A11) ist bei Vorliegen der Voraussetzungen möglich.

Ausgeschriebene Stellen können auch als Teilzeitstellen (75 v.H. oder 50 v.H.) besetzt werden, soweit nicht im Einzelfall zwingende dienstliche Belange entgegenstehen. Bei

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSBEDINGUNGEN:

Das Justizblatt Rheinland-Pfalz erscheint nach Bedarf. Bezugspreis halbjährlich 11,76 EUR. Bestellungen sind unmittelbar an den Verlag zu richten. Abbestellungen zum 30.6. oder 31.12. müssen bis spätestens 15.5. bzw. 15.11. beim Verlag vorliegen. Einzelpreis (auch für Nachbestellungen des laufenden oder eines früheren Jahrgangs) 1,38 EUR zuzüglich Versandkosten.

Bewerbungen von Beamtinnen und Beamten auf eine Stelle in Teilzeitform sind die sonstigen Erklärungen zum Vorliegen der Voraussetzungen nach § 75 LBG und die Dauer der beantragten Teilzeitbeschäftigung beizufügen. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass bei Besetzung einer Vollzeitstelle mit einer Teilzeitkraft (50 v.H.) die zweite Hälfte der Stelle ohne weitere Ausschreibung gleichzeitig besetzt werden kann. Entsprechendes gilt für sich anderweitig ergebende Bruchteile (z.B. 75 v.H.).

In Umsetzung der Selbstverpflichtung „Die Landesregierung – ein familienfreundlicher Arbeitgeber“ bieten wir sehr gute Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das Land fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Bewerbungen von Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorrangig berücksichtigt.

Schwerbehinderte werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

**Hinweis:**

In der Justizvollzugsschule wird die Zulage für Beamte bei Justizvollzugseinrichtungen nach Nr. 8 der Vorbemerkungen zu den Besoldungsgruppen A und B des Landesbesoldungsgesetzes (sog. „Gitterzulage“) nicht gezahlt.

**Ansprechpartner:**

Für Auskünfte stehen die Leiterin der Personalstelle der Justizvollzugsschule, Frau Birgit Kunz, 06571-996 17 04, und der Bezugsreferent für die Justizvollzugsschule, Herr Martin Zachel im Ministerium der Justiz, 06131-16 49 34, zur Verfügung.

Die üblichen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte per Mail **bis zum 19. März 2021** unter Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins an die

Justizvollzugsschule Wittlich  
Birgit Kunz  
Leiterin Personal- und Prüfungswesen  
Tel.: 06571/ 996-1704  
Mail: birgit.kunz@vollzug.jm.rlp.de

<http://www.jm.rlp.de/Justizvollzug/>  
<http://www.jm.rlp.de/Justizvollzug/JV-Schule-Wittlich/>